

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik.

Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post monatlich . . . 18.— Kř, vierteljährlich 48.— Kř, halbjährig . . . 96.— Kř, ganzjährig . . . 192.— Kř für Deutschösterreich monatlich 400.— SK, für Deutschland 40.— Mk. Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Ein Ideal Masaryks.

Dem Vertreter einer amerikanischen Zeitung hat der Präsident Dr. Masaryk kürzlich ein Interview gewährt, in dem er, ausgehend von der Washingtoner Konferenz, sich über das Problem Mitteleuropas äußerte und hierbei Worte fand, die an die besten demokratischen und sozialistischen Traditionen Masaryks anknüpfen, Traditionen, die ihm die Veranschaulichung aller wahrhaft demokratisch denkenden Menschen eingetragen haben. Er sprach Wunsch und Hoffnung aus, „daß es zu einer Verständigung, zur gemeinsamen Arbeit zwischen Frankreich und Deutschland kommen wird.“ Und er sagte weiter, daß nun „nachdem die drei absolutistischen Großmächte Deutschland, Oesterreich-Ungarn und Rußland als solche zusammenbrochen sind“, „Europa eine große Einheit grober und kleiner Völker sein könne und müsse.“ Diesen Äußerungen, in einer Zeit des ärgsten nationalen Hasses gemacht, liegt gewiß die beste Absicht zugrunde, wobei die demokratische Gesinnung und kulturpolitische Gedankentrichtung des Präsidenten die Unannehmlichkeit rechtfertigt, daß ihm die Schaffung der „Vereinigten Staaten von Europa“ wirklich als das Ideal vorzuschwebt, in dem er das Ziel einer demokratischen Politik der nächsten Zukunft erblickt.

Freilich, was die Frage der Möglichkeit der Erfüllung dieses demokratischen Ideals des Präsidenten betrifft, so ist ihr Stand ein höchst trauriger und wohl für lange Zeit hinaus hoffnungsloser. Die Schaffung einer großen Arbeitsgemeinschaft der europäischen Völker ist gewiß ein staatspolitisches Ziel, der Anstrengungen und des Schweißes der Besten wert, aber man wird die demokratischen und sittlichen Kräfte vergeblich suchen, welche dieses Ideal, das eine wichtige Etappe auf dem Wege des Aufstieges der Menschheit bilden könnte, zu verwirklichen fähig wären. Das Geschehen in der Welt und die Gestaltung der Dinge vollzieht sich eben nicht nach den ethischen Wünschen einzelner Menschen, auch wenn sie noch so hoch gestellt sind, insoweit diese völkerveröhnenden Wünsche nicht in den Verhältnissen selbst den notwendigen Nährboden vorfinden. Liegt nicht ein schlagernder Beweis für diese Tatsache darin, daß Masaryk in denselben Äußerungen gegenüber dem amerikanischen Journalisten sich als Anhänger des Ideals des dauernden Friedens, als Gegner des Militarismus und als Segner des Imperialismus bekannte, er, der der Präsident eines Staates ist, der in seiner heutigen Gestalt dem Imperialismus sein Leben dankt und der nach seinem ungeheueren Heeresbudget und nach der ihm von seinen Verbündeten zugewiesenen Stellung ein Militärraats im wahrsten Sinne des Wortes genannt werden muß? Auch für das von Masaryk aufgestellte Ideal einer europäischen Völkergemeinschaft fehlen so gut wie alle Voraussetzungen, denn der vom Imperialismus und Kapitalismus entfesselte Hexensabbat, dessen schändernde Zeugen wir sind, hat selbst alle Keime eines Gemeinschaftsfinnes und des Willens zur Versöhnung der Völker schonungslos erstickt.

Daß die Friedensverträge, die von Haß, Egoismus und Unverständnis diktiert waren, am allerwenigsten dazu geeignet sind, die von Masaryk herbeigesehnte neue Menschheitsperiode vorzubereiten, bedarf wohl keines Beweises mehr. Man hat Oesterreich zu einem wehrlosen, lebensunfähigen Krüppelstaat gemacht, dessen Bewohner es sich gefallen lassen müssen, ärger als die Eingeborenen irgend einer afrikanischen Kolonie von den valutarastren Angehörigen der

Das irische Abereintommen.

„Irisher Freistaat“. — Eigenes Parlament Irlands mit verantwortlicher „Exekutive“. — Die Eidesformel der Parlamentsmitglieder.

London, 7. Dezember. Die britische Regierung hat gestern abends die Bedingungen der mit dem Sinnfeinern getroffenen Regelung veröffentlicht. Das Abkommen ist überliefert: „Vertrag zwischen Großbritannien und Irland“ und enthält 18 Klauseln, von denen bereits ein großer Teil von Lord Birkenhead in seiner in Birmingham gehaltenen Rede dargelegt worden ist. Die erste Klausel bestimmt, daß Irland dieselbe Stellung einnehmen soll, wie die anderen Dominionen des britischen Reiches mit einem Parlament, das die Vollmacht hat, Gesetze zu machen für den Frieden, die Ordnung und die gute Regierung Irlands und einer Exekutive, die diesem Parlament verantwortlich ist. Irland erhält den Namen: „Irisher Freistaat“.

Der Eid, der von den Mitgliedern des Parlaments des irischen Freistaates geleistet wird, lautet: „Ich schwöre feierlich Treue und Untertanengehorsam der Regierung des irischen Freistaates und ich werde König Georg V. und seinen Erben und Nachfolgern treu sein, kraft des gemeinsamen Bürgerrechtes von Irland und Großbritannien und seiner Anhängerschaft und Mitgliedschaft in der Gruppe von den Nationen, die das britische Gemeinwesen von Nationen bilden.“

Klausel 6 sieht vor, daß, wenn eine Vereinbarung zwischen der britischen und der irischen Regierung getroffen ist, durch die der irische Freistaat seine eigene Küstenverteidigung übernimmt, die Verteidigung zur See Großbritannien und Irlands die Streitkräfte des britischen Reiches übernehmen sollen.

Klausel 7 bestimmt, daß die irische Regierung in Friedenszeiten den britischen Streitkräften gewisse Erleichterungen hinsichtlich der Flotte und Luftschiffahrt gewährt und falls Notfälle oder gespannte Beziehungen mit auswärtigen Mächten bestehen, alle Erleichterungen gewährt, die die britische Regierung verlangen sollte.

Laut Klausel 8 soll, wenn die Regierung des irischen Freistaates eine militärische Verteidigungsmacht aufstellt, diese zur militärischen Macht, die Großbritannien unterhalten wird, in keinem größeren Verhältnisse stehen, als die Bevölkerung Irlands zu der Bevölkerung Großbritanniens.

Weststaaten ausgeraubt zu werden, man hat Deutschlands Leib in Stücke geschnitten, seinem Volke Demütigung auf Demütigung auferlegt und preßt ihm durch die unerbittlich eingeordneten Reparationszahlungen, die alle seine Kräfte übersteigen, das Lebensblut aus den Adern. Wie könnte man annehmen, daß in der durch die wahnwitzigen Friedensverträge geschaffenen giftigsten Atmosphäre des Hasses und der Verzweiflung der Gedanke des großen Kulturideals des Präsidenten Masaryk Wurzeln zu schlagen vermag!

Eine der ersten Voraussetzungen für die Schaffung der „Vereinigten Staaten von Europa“ wäre das Vorhandensein eines Gemeinschaftsfinnes, von dem aber heute nicht einmal Spuren vorhanden sind. Die Massen von Ausländern, die seit Tag und Jahr nach Wien strömen, um dort mit ihren hochwertigen Valuten die im Fieber des Hungers zuckende Stadt auszulassen, die die lichterfüllten, wohlwärmenden Varietees, Kabarets, Bars und großen Lustrestaurants füllen, um dort zu schlendern und sich zu amüsieren, während draußen in den Vorstädten die von den „Edelvaluten“ ausgeplünderte, ausgeraubte Armut vor Entbehrungen dahinsiecht, sie zeigen die Aussichten für die Durchsetzung des Masarykschen Staatenideals im trübsten

Klausel 9 bestimmt, daß die Häfen Großbritannien und des irischen Freistaates den beiderseitigen Schiffen offenstehen.

Klausel 12 der Bestimmungen des irischen Vertrages besagt: Wenn innerhalb eines Monats nach Annahme des Gesetzes und Ratifizierung des Abkommens dem König von beiden Häusern des Ulsterparlaments eine Adresse unterbreitet wird, die sich gegen das Gesetz richtet, sollen die Vollmachten der Regierung des irischen Freistaates nicht auf Ulster ausgedehnt und eine Kommission ernannt werden, um die Grenzen gemäß den Wünschen der Bevölkerung festzulegen. Wenn keine derartige Adresse unterbreitet wird, so wird das Ulsterparlament weiterhin seine bestehenden Befugnisse behalten, aber das Parlament und die Regierung des irischen Freistaates sollen die selben Befugnisse in Nordirland wie in Südirland ausüben mit Bezug auf Fragen, über die das Nordparlament augenblicklich keine Befugnisse hat.

Klausel 16 des irischen Abkommens sieht vor, daß weder das Parlament von Nordirland irgend eine Religion dotieren, oder ihre freie Ausübung verhindern, bezw. beschränken kann und daß zum Zwecke der vorläufigen Verwaltung Südirlands, das unter dem Home Rule Gesetz geschaffene Südirparlament einberufen wird.

Klausel 18 besagt, daß die Bedingungen von der britischen Regierung sofort dem Parlament zur Genehmigung und von den irischen Unterzeichnern dem Südirparlament unterbreitet werden und daß die Bedingungen nach ihrer Genehmigung durch ein Gesetz ratifiziert werden.

Widerstand Ulsters.

London, 7. Dezember. Im Ulsterrparlamente in Belfast kündigte der Ministerpräsident Craig an, er werde morgen nach London reisen. Zugleich warnte er die englischen Minister, die Royalisten in Ulster nicht durch solche Reden zu reizen, wie es Lord Birkenhead gestern getan habe. Ulster habe sich über die neuen Vorschläge noch keineswegs eine Meinung gebildet.

Ballige Neuwahlen in England.

London, 8. Dezember. „Times“, „Daily News“ und „Daily Express“ rechnen mit der Möglichkeit baldiger Neuwahlen, spätestens im Februar nächsten Jahres.

Lichte. Und ähnlich feiert die Eigensucht in den Städten Deutschlands Oranien: das Sinken der Mark hat diese Städte mit Scharen von Fremden überfluten lassen, die mit ihren Dollars, Pfund, Gulden, Lire, ja schon mit Rappen, Centimes und Dere sich auf das valutafschwache deutsche Volk stürzten, um es auszuraubern. Die blinde Raffgier und Gewinnsucht, die heute nicht nur die Menschen, sondern auch die Staaten untereinander erfüllen, bilden eine schlechte Unterlage für die Konstituierung einer europäischen Gemeinschaft gleichberechtigter Staaten.

Die Worte Masaryks offenbaren seine demokratische Denkweise, seinen großen, edlen Sinn, aber sie zeigen gleichzeitig auch den tragischen Konflikt, in den er, — ähnlich wie dies Wilson geschah, — mit der kapitalistischen Welt geraten muß, wenn er die Erfüllung seiner Ideale durchzusetzen sucht. Der bloße Wille und Gedankenflug großer Männer allein vermag keine seelisch-kulturelle Umstellung des Weltbildes zu bewirken. Erst die Vereinigung dieser hohen Gedanken mit der wachsenden Kraft des Proletariates kann ihr Heranreifen bewirken und wird der Menschheit auch das demokratische Ideal Masaryks erschließen lassen.

Magyarische „Kommunisten“.

Die „Arbeiter-Zeitung“ veröffentlicht Enthüllungen über das Treiben und die Rücksichtslosigkeit von Individuen, die sich als kommunistische Emigranten in Wien niedergelassen haben. Durch einen heftigen Zwist unter diesen Leuten und ihrer Spaltung in zwei Gruppen sind nun geradezu ungläubliche Niedrigkeiten an den Tag gekommen. Die Arbeiterzeitung berichtet nun über die Vorgeschichte des Kampfes und den Zwist selbst folgendes:

In der ungarischen kommunistischen Emigration waren zwei Jahre hindurch die ausgewiesenen Volkskommissäre Bela Szanto, Eugen Hamburger, Eugen Landler, Julius Lenghel, Georg v. Lufacs, Alexius Wolpar und ihr journalistischer Klopffechter Ladislav Rudas die unbestrittenen Vorkämpfer. Diese Leute geben in Wien unter dem Titel „Proletar“ eine ungarische Wochenzeitung heraus, die den amtlichen Untertitel führte: „Ungarländisches Organ der Dritten Internationale.“ Mit der Politik dieser Clique waren nun die in Moskau weilenden kommunistischen Volkskommissäre Josef Bogany, Bela Kun, Eugen Varga nicht zufrieden, weil sie in Ungarn nicht genügend „große Erfolge“ erzielt habe. Aus diesem Grunde sehen sie bei dem Moskauer Exekutivkomitee durch, daß eine Kommission, bestehend aus Nadek, Bucharin und Talheimer, also durchwegs bolschewistische Größen der ersten Garnitur, die Angelegenheiten der ungarischen kommunistischen Emigration untersuche. Diese Kommission hat nun auf den Wink Bela Kuns beschlossen, daß die Landler, Lufacs, Lenghel, Hamburger und Konforten aus der Exekutive hinausgeschmissen werden; an ihre Stelle wurde eine neue Zentrale eingesetzt, an deren Spitze der gewesene Volkskommissär Bela Vago, der bis zum Ausbruch der Revolution der Organisator der Kolportage des schmutzigsten Kriegsheerblattes Ungarns, des „Az Est“, war, mit dem Sitz in Wien zum Leiter der kommunistischen Emigration und Josef Bogany mit einem näher nicht bekannten Sitz zu dem geistigen Leiter der neuen kommunistischen „Partei“ bestimmt wurde. Lufacs, Lenghel, Landler und Genossen wurden nicht nur kaltgestellt, sondern sie wurden auch aus der Redaktion des Blattes „Proletar“ hinausgedrängt. Darob ist nun ein erbitterter „Kampf“ in der ungarischen kommunistischen Emigration entbrannt.

Die Schandarbeit der Lufacs, Lenghel und Konforten.

Die Gruppe Kun - Bogany hat den Abgesägten den Vortwurf gemacht, daß sie keine kommunistische, sondern eine halb anarchoistische und syndikalistische Taktik im Wege der illegalen Propaganda den ungarischen kommunistischen Arbeitern empfohlen haben. Sie haben es in nicht mißzuverstehender Weise gesagt, daß die „Ehrlifer“ Lufacs, Lenghel den ungarischen Arbeitern Sabotage, Brandstiftungen und Plünderungen empfohlen haben und haben in einer offiziellen Erklärung mitgeteilt, daß die in einer Zeit in Budapest so häufigen Brandstiftungen (es wurden die Druckerei Franklin und zwei große Mühlen angezündet) auf die Arbeit dieser Gruppe zurückzuführen sei. Sie haben im „Proletar“ die offene Anklage erhoben, daß die illegale Arbeit dem gewesenen Volkskommissär Eugen Hamburger übertragen wurde und daß sich dieser seiner Arbeit so entledigte, daß ein jeder kommunistische Emigranten in Begleitung von zwei Polizeispizellen des Sorthy in Budapest eintraf, dort verhaftet und zumeist er mordet wurde. Das Blatt „Proletar“ erhebt die Anklage gegen den gewesenen Volkskommissär Eugen Hamburger, daß er durch seine Gewissenlosigkeit und Leichtfertigkeit an der Ermordung der Brüder Rudas, des Marcel Felmar und des Gabriel Kohn die Schuld trage, die alle mit einem Auftrag des Hamburger nach Budapest zurückgeführt waren und dort von den Weißen ermordet wurden, rat nicht zu sprechen von den vielen, deren Zahl heute schon mehr als hundert beträgt, die zu Gefängnisstrafen von zehn und fünfzehn Jahren verurteilt wurden, weil sie im

Kauftrag der Herren Lufack, Benguel, Pombler nach Ungarn Flugschriften hinunterzulassen...

Inland.

Wer hat einen Frontwechsel vorgenommen? Der Senator Prof. Dr. Ludwig Spiegel hat kürzlich in der 'Bohemia' dem Brünner tschechischen Universitätsprofessor Dr. Franz Weyr vorgeworfen...

Sein und seiner politischen Freunde Front- und Gesinnungswechsel vollzog sich nämlich als einer der Folgererscheinungen des Ausganges des Weltkrieges...

Es ist meine innerste Ueberzeugung, daß es in dem Augenblicke zu einer nationalen Verständigung in unserer Republik kommen wird...

Karpathoruhland. Der ehemalige und erste Gouverneur von Karpathoruhland Dr. J. L. Kovic hat eine Broschüre erscheinen lassen...

Micura soll gehen! Das 'Ceste Slovo' vom Mittwoch wendet sich im Leitartikel sehr scharf gegen den Minister für die Slowakei, Micura...

Die Plebiszitkomödie in Dedenburg.

Abstimmung unter ungarischem Terror.

Paris, 7. Dezember. (Havas.) Die Vorkonferenz hat sich unter dem Vorsteher Combons mit der Organisation der Abstimmung in Dedenburg beschäftigt...

Widerspruch Oesterreichs.

Wien, 8. Dezember. (Tsch. P.) Bundeskanzler Schober erklärt, die Regierung werde unerschütterlich daran festhalten, daß das Plebiszit in korrekter Weise vorgenommen werde...

Alliierte Truppen im Abstimmungsgebiet.

Wien, den 8. Dezember. (Eigenbericht des 'Sozialdemokrat'). Die ungarische Regierung...

diesem, für seine orientalistischen politischen Manieren die verlässliche Stütze. Ihm und Cerny seien auch die gegenwärtigen Verlegenheiten zu verdanken...

Hilfskomitee für Rußland.

Eine internationale Konferenz.

Vor einigen Wochen hat das 'Auslandskomitee zur Organisierung der Arbeiterhilfe in Rußland' zu einer Konferenz aller Hilfskomitees, die in Berlin am 4. Dezember stattfinden sollte...

wurde von der internationalen Kommission aufgefordert, die ungarischen Truppen und Gendarmen aus dem Abstimmungsgebiet zu entfernen...

Auslieferung der Karbuttschiffen durchs Abgeordnetenhaus.

Budapest, 8. Dezember. (M.A.B.) Der Immunitätsausschuß beantragt die Auslieferung der wegen des Königsputches verhafteten Abgeordneten Grafen Andrássy und Genossen...

ten sein. Den Gewerkschaftsbund vertrat, da Firmen (Amsterdam) im letzten Moment verhindert war, nach Berlin zu kommen...

Den einleitenden Bericht über die Hungersnot in Rußland und ihre Bekämpfung erstattete Sigdor Kovp. an den sich der Bericht über die einzelnen Disfaktionen angeschlossen...

Wenn auch in den Berichten nichts wesentliches mitgeteilt worden ist, was nicht schon durch die Presse bekannt geworden war...

Tages-Neuigkeiten.

Ein glücklicher Wiederbeginn. Vor einigen Monaten wurde ein deutscher Sozialdemokrat eingeladen, in einem tschechischen sozialdemokratischen Bildungsverein einen wissenschaftlichen Vortrag zu halten...

Der Fabrikantenstein. Die Fabrikanten und ihr ganzer Anhang bemühen sich seit einigen Wochen krampfhaft, in Westböhmen festen Fuß zu fassen...

Wenn der Pfarrer keine Butter kriegt. Unserem Annsbruder Bruderblatt wird geschrieben: In der von jedem Verleher abgeschlossenen Vergemeinde Spiek (Schweizer Grenze) sind die Pandwirte, gleichviel ob gut oder schlecht...

Doch ein Moratorium?

Zahlungsausschub: 3—5 Jahre. — Vorläufige Zahlung durch eine Anleihe. — Verlangen nach Ordnung des deutschen Budgets und Verminderung des Banknotenumlaufes.

Berlin, 8. Dezember. Die Agentur „Est Europe“ meldet aus Paris, es habe den Anschein, als wolle Frankreich der Gewährung des Moratoriums an Deutschland kaum mehr ernstlichen Widerstand entgegensetzen. Sauerwein, dessen Beziehungen zu Briand bekannt sind, erklärt heute im „Matin“, daß man Deutschland jedenfalls einen Zahlungsausschub von drei bis fünf Jahren gewähren würde unter der Bedingung, daß Frankreich durch eine Anleihe Deutschlands die Summe erhalte, die ihm gemäß dem Londoner Abkommen zustehen würde, doch müsse man fordern, daß Deutschland seine Geldein-

nahmen für die Verzinsung und Tilgung der besonders bei den Neutralen aufzunehmenden Anleihen verwendet wird. Endlich müßten die ausländischen Zeichner dieser Anleihe fordern, daß das deutsche Budget in Ordnung gebracht und der Banknotenumlauf vermindert würde. Wegen ein solches Moratorium würde Frankreich nichts einzuwenden haben. Auf die Naturalieferungen würde Frankreich weiter bestehen und es müßte fordern, daß Deutschland auch eine innere Anleihe in Mark auslege, damit die deutschen Industriellen, welche Frankreich beliefern, vom Reiche bezahlt werden.

insolge der regen Gesetzgebungstätigkeit der letzten drei Jahre an Vollständigkeit und daher an Verantwortlichkeit stark eingebüßt haben. Mit Hilfe des zehnjährigen Werkes ist es aber möglich, die alten Gesetzesentwürfe auch weiterhin verlässlich zu verwenden. Bestellungen beim Verlage des „Prager Archiv für Gesetzgebung und Rechtsprechung“, Prag 11, Bonstla 12, oder durch den Buchhandel. Preis Kr. 30.—

Freispruch im Mordprozeß Buchholz.

Morde Arbeiter, erschicke sie auf der Flucht, schlage ihnen den Schädel ein, malträtiere Gefangene in der hundsstößtischen Weise und die Republik garantiert die Straflosigkeit. Der Freispruch der Marlok, Kessel, Kulod, Janide ist Beweis dafür. Denn diese Kessel, Marlok, Kulod, Janide sind die Säulen der Republik, ihr verdanken sie, daß sie morden konnten. Sie ermöglichen ihnen sogar die Deponierung der Mordtuben in besonderen Umkleekabinen, stellt ihnen republikanische Geldmittel zur Verfügung, läßt die Vergewaltigung und Veruntreuung dieser Geldmittel zu, läßt zu, daß Elemente, die vielleicht plaudern könnten, kalt gemacht werden, aber sie rühren sich nicht. Und die deutsche Justiz tut ein übriges. Der Mord wird legalisiert, die Mörder glänzend freigesprochen und noch belohnt dazu.

Und das ist das Fazit, das aus dem Mordprozeß gegen die Wachmeister Meyer und Erren der Hundertschaft zur besonderen Verwendung gezogen werden muß.

Der Wachmeister Buchholz wurde in der Schloßkaserne in Charlottenburg erschossen. Er hatte vorher in Untersuchungshaft gesessen, weil er der Unterschlagung verdächtig war. Die Untersuchung verlief ergebnislos. Buchholz wurde aus der Haft entlassen. Untersuchungen sind allerdings vorgekommen, die Rassenführung der Hundertschaft war eine beispiellos niederliche, über zwei Millionen Mark sind in einem Jahre gewissen Leuten durch die Finger geronnen, aber nicht dem Buchholz. Aber Buchholz wußte darn. Er drohte sogar zu plaudern. Und das konnte unangenehm und für manches Mitglied der „Elitegruppe“ verhängnisvoll werden. Was lag näher, als den Buchholz zu beseitigen. „Wenn Buchholz politisch kommt, muß er um die Ecke“. Das war die ständige Redensart, die man in der Hundertschaft hörte. Wozu hatte man eine Fehde, wozu den „Bund der Ringmänner“, zu welchem Zwecke hielten die Leute der Hundertschaft „wie die Kletten zusammen“, wenn nicht zur Beseitigung von Menschenleben! Am liebsten außerhalb der Hundertschaft, in den Gewerkschaften und den radikalen Parteien, in denen die „Ringmänner“ ihre Spindel hatten, wenn notwendig aber auch innerhalb der Hundertschaft selbst.

Was konnte dabei weiter herauskommen? Nachdem die Behörde nichts unternommen hatte, als die Hundertschaft im November 1920 der Durchsuchung der Schloßkaserne in Charlottenburg sich widersetzte und obendrein gegen den Chef der Berliner Schutzpolizei, Oberst Raupisch, ein Maschinengewehr schußbereit aufgestellt hatte, warum sollte etwas zu befürchten sein, wenn man einen Verräter mundtot machte!

Und so geschah es. Buchholz wurde erschossen. Selbstmord! verkündete die Hundertschaft, obwohl nachgewiesen wurde, daß sich Buchholz die Augen garnicht bedrängen konnte. Selbstmord! plapperten im Gericht die Mannen des kommandierenden Hauptmann Stenes bei der Gerichtsverhandlung. Buchholz hatte sich zwar unmittelbar vor dem angeblichen „Selbstmord“ rasieren lassen, hatte noch ein Wisblatt gelesen, noch ein Frühstück in die Tasche gesteckt und den Mantel angezogen, um dann, angetan mit dem schweren Mantel, Selbstmord zu begehen! Wer das glaubt, muß — Richter sein in der deutschen Republik von heute. Die Mörder in Deutschland haben jetzt gute Tage, sofern sie sich nach links wenden. Entweder findet man sie nicht, oder, wenn man sie schon sehen muß, erklärt man sie als irrsinnig oder als unschuldig. Die Mordtaten in Deutschland und die Tötungen, die sie finden, stellen der Zukunft der Republik ein trauriges Prognostikon.

Aus der Partei.

An die Parteitagdelegierten!

Die Genossinnen und Genossen, die zum Parteitag in Teitschen delegiert sind, werden aufgefordert, sich wegen Quartierszuteilung sofort bei Genossen Emil Arnberg, Wobdenbach, Postgasse 813, schriftlich zu melden.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Die Arbeitsverhältnisse in der Landwirtschaft.

Vertragsverhandlungen.

Ueber Veranlassung des Zentralarbeitsamtes in Böhmen begannen vor längerer Zeit die Verhandlungen über den Abschluß eines Richtlinien-Vertrages in der Landwirtschaft. An den Verhandlungen nahmen alle in Böhmen bestehenden Organisationen der Arbeiter und der landwirtschaftlichen Unternehmer teil. Da jedoch die Unternehmer mit hochgespannten Erwartungen zu diesen Verhandlungen kamen und eine dreißigprozentige Herabsetzung des Lohnes der landwirtschaftlichen Arbeiter durchzusetzen glaubten, zerschlugen sich die Verhandlungen. Auf neuerliche Intervention des Landes-Zentralarbeitsamtes kamen neue Verhandlungen zustande, die bis jetzt noch nicht abgeschlossen sind. Während die Unternehmer eine Herabsetzung der Löhne und eine Verteuerung der Deputate durchsetzen möchten, haben die Arbeiter das gegenteilige Interesse. Sollten die Unternehmer von ihrem Standpunkte nicht abgehen, so wäre im nächsten Jahr mit einem schweren Konflikt in der Landwirtschaft zu rechnen, weil sich die Arbeiter unter keinen Umständen eine Verschlechterung ihrer Existenz gefallen lassen könnten.

In einer erweiterten Vorstandssitzung des Verbandes der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiterschaft haben die Vertreter des Verbandes im Landesbeirat, Abteilung für landwirtschaftliche Arbeiterangelegenheiten einen eingehenden Bericht erstattet. Nach einer gründlichen Durchberatung der ganzen Situation wurde von der erweiterten Sitzung nachstehender Beschluß gefaßt:

„Die erweiterte Vorstandssitzung des Verbandes der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiterschaft in der tschechoslowakischen Republik nimmt den Bericht seiner Vertreter im Landesbeirat, Abteilung für landwirtschaftliche Arbeiterangelegenheiten, über die bisherigen Verhandlungen des Richtlinienvertrages für 1922 zur Kenntnis. Der Verbandsvorstand erklärt, jedes Bestreben, das eine Verschlechterung der Lebenshaltung der Landarbeiter beinhaltet, auf das Entschiedenste abzulehnen. Das Verhalten der Vertreter der agrarischen Organisation im Landesbeirat, das auf eine Verschlechterung der Existenz der landwirtschaftlichen Arbeiter hinausläuft, wird entschieden verurteilt und zurückgewiesen. Die Sitzung steht vielmehr auf dem Standpunkte, daß die Löhne und sonstigen Bezüge der landwirtschaftlichen Arbeiter den wirklichen Verhältnissen bis heute in keiner Weise entsprechen. Wenn die Löhne und Naturalbezüge den jetzigen Lebensverhältnissen angepaßt werden sollen, so müßten diese eine bedeutende Erhöhung erfahren. An den Abbau der Löhne und der sonstigen Bezüge kann in einer Zeit, in der immer noch eine steigende Tendenz der Preise aller Lebensmittel und Bedarfsartikel zu bemerken ist, unter keinen Umständen gedacht werden und müßte sich der Verband und seine bei ihm organisierten Mitglieder mit allen zur Verfügung stehenden Kampfmitteln einem solchen Beginnen entgegenstellen.“

Die Sitzung muß die Begründung der Agrarier, daß die landwirtschaftliche Produktion die jetzigen Löhne nicht verträgt, als den Tatsachen widersprechend ablehnen und muß im Gegenteil diese Argumentation als eine bewußte Täuschung der Öffentlichkeit bezeichnen, die den Zweck haben soll, die Bevölkerung gegen die Landarbeiter einzunehmen.

Durch die Aufhebung der Zwangswirtschaft, die Einführung des Freihandels und die dadurch bedingte Erhöhung der Lebensmittelpreise wird gerade den agrarischen Produzenten auf Kosten der übrigen Bevölkerung ein bedeutendes Geschenk gemacht. Unter solchen Umständen betrachten die Vertreter der landwirtschaftlichen Arbeiter das Verhalten der Agrarier als eine Herausforderung, die die organisierte Landwirtschaft entsprechend zurückweisen wird.

Kreisgewerkschaftskonferenz in Znam. Am Sonntag, den 4. Dezember lagte im Arbeiterheim Znam die zweite ordentliche Kreisgewerkschaftskonferenz für Südmähren. Vertreten waren 16 Ortsgruppen durch 43 Delegierte und 7 Mitglieder der Kommission. Die Zentralgewerkschaftskommission war vertreten, durch Genossen Abgeordneten Hirsch, die Bezirksorganisation der sozialdemokratischen Partei durch Genossen Ing. Spitzer. Genosse Urbanek eröffnete die Konferenz mit einer herzlichen Begrüßung aller Vertreter und

Englands Gorgen.

Aufforderung zum heiligen Krieg in Aegypten.

London, 7. Dezember. (Reuter.) Der ägyptische Nationalistenführer Jugul Pascha hat ein Manifest an seine Anhänger erlassen, worin er erklärt, England nehme jetzt die Maske vom Gesicht. England erklärt, Aegypten sei unentbehrlich für sein Interesse, und fordere, daß Aegypten einen Teil des britischen Reiches bilde. Jugul Pascha fordert zum heiligen Kampfe auf und appelliert an die ägyptischen Frauen und Männer, ihre ganze Kraft für die Befreiung Aegyptens einzusetzen.

Eine Denis-Lehranzel in Paris.

Die Kosten trägt die tschechoslowakische Republik.

Paris, 8. Dezember. (Havas.) Das Amtsblatt veröffentlicht ein Dekret, durch welches an der literarischen Fakultät der Pariser Universität eine Lehranzel für slawische Geschichte und Kultur unter der Bezeichnung „Ernest Denis-Lehranzel“ errichtet wird. Die Kosten derselben trägt die tschechoslowakische Republik.

Gareis' Mörder verhaftet.

Berlin, 8. Dezember. (Eigenbericht des „Sozialdemokrat“.) Nach einer Meldung aus München ist der wahrscheinliche Mörder des unabhängigen Abgeordneten Gareis, Schweighardt, verhaftet und nach München überführt worden. Die Meldung, die vor kurzem aus Oesterreich kam, wonach Schweighardt dort ermordet aufgefunden worden sei, ist nur ein Mandar, ähnlich dem, das bei Erzbergers Ermordung aufgeführt wurde.

Hunger in Odesa.

Charlow, 6. Dezember. (Tsch. P. B.) Der Kreis Odesa ist ebenfalls als Hungergebiet erklärt worden. Das Gebiet um die Stadt im Umkreise von 15 Werst ist ein Hungerzentrum, wie das Wolgagebiet. Die Bevölkerung stirbt buchstäblich infolge Hungers. Frauen bringen ihre Kinder dorthin und verlassen sie.

Revolution in Guatemala.

Guatemala, 7. Dezember. (Havas.) Die Revolution ist am 5. ds. um Mitternacht ausgebrochen. Die hervorragensten Generale nötigen den Präsidenten der Republik zum Rücktritt. Er wird in seiner Wohnung gefangen gehalten. Sämtliche Minister wurden verhaftet und 12 Personen getötet.

Londoner Beratungen über die Wiedergutmachung.

Berlin, 8. Dezember. (Eigenbericht des „Sozialdemokrat“.) Der deutsche Volschaftler in Paris, Dr. Meyer, der gestern in Berlin eingetroffen ist, wurde heute zu längerer Berichterstattung vom Reichskanzler empfangen. Die Abreise Rathenaus aus London ist verschoben worden. Diese Reise hängt mit Loucheurs Reise nach London zusammen, die auf Lloyd George zurückzuführen ist. Loucheur wird mit dem britischen Schatzkanzler Sir Robert Horne und Rathenau konferieren. Die Reparationsfrage scheint nunmehr in ein entscheidendes Stadium getreten zu sein.

Deutsch-portugiesischer Handelsvertrag.

Berlin, 8. Dezember. (Eigenbericht des „Sozialdemokrat“.) Zwischen Deutschland und Portugal ist ein Wirtschaftsabkommen getroffen worden. Portugal ist der erste Staat, der Deutschland volle und uneingeschränkte Mostbegünstigung gewährt. Tageden muß sich Deutschland verpflichten, eine bestimmte Menge von portugiesischen Spezialweinen einzuführen, die jedoch die Menge der vor dem Krieg eingeführt worden nicht erreicht.

auf. Doch die Strafe folgte auf dem Fuße. Der Pfarrer und mit ihm auch der Mesner traten vorige Woche in den Streik. Der Allgewaltige unterlagte das Läuten der Kirchenglocken, hält nur eine stille Messe, ja er verbietet sogar der teilnahmslosen Kirchengemeinde ihren Gang. Einige beherzte Männer sind nun als „Streikbrecher“ aufgetreten, bewirkten das Läuten der Glocken zu den üblichen Tageszeiten und sorgten dafür, daß die friedliche Kirchengemeinde nach alter Gewohnheit die Stunden regelmäßig wieder angab. Dieses Eingreifen mußten aber unsere verstorbenen Vorfahren entgelten, weil der „gewissenhafte“ Seelenhirt das Läuten der von verstorbenen Episkopern bezahlten Messen ablehnte, dafür aber solche für wertvolle Schweizer Franken las ...

Der Herr Oberst und der Handtuch. Im Züricher „Volkrecht“ lesen wir: Zu den Herrschaften, die den Erzkaiser Karl seinerzeit nach dem Osterabenteuer bei seiner Ankunft in Luzern bewillkommten, gehören auch Oberst Pfyffer, nunmehriger schweizerischer Gesandter in Warschau. Ein Preßorgan behauptete nun, der Herr Oberst und Hotelier Pfyffer habe dem Kaiser am Bahnhof Luzern die Hand geküßt. Pfyffer klagte. Vor dem Friedensrichter kam nun dieser Tage der folgende Vergleich zustande. Beide Parteien tragen darnach ihre Kosten an sich, verzichten auf weitere Klagebegehren und begnügen sich mit folgenden Feststellungen:

1. Anlässlich des Friedensrichtervorstandes vom 17. Nov. 1921 erklärte Herr Pfyffer, er habe beim Empfang des Erzkaisers Karl von Habsburg diesem die Hand nicht geküßt.

2. Die Beklagten stellen fest, daß die Behauptung, Herr Pfyffer habe dem Erzkaiser von Habsburg die Hand geküßt, von den „Luzerner Neuesten Nachrichten“ ausgegangen ist und seitens der Beklagten auf Aussagen mehrerer Augenzeugen abgestellt wurde.

3. Der Widerspruch kann dadurch erklärt werden, daß die Zeugen aus der tiefen Verbrennung auf die Hand des Exmonarchen den bestimmten Eindruck bekommen mußten, Herr Pfyffer habe ihm die Hand geküßt.

4. Die Beklagten erklären, sie haben mit ihrem Brief vom 16. April 1921 eine Beleidigung des Klägers nicht beabsichtigt, sondern im Sinne der Grundzüge ihrer Statuten und Richtlinien Kritik geübt.

Auf alle Fälle geht aus diesem mageren Vergleich des Herrn Obersten Pfyffer hervor, daß er den würdevollen Karl mit off der schuldigen Ergebenheit eines latibudelnden — Hoteliers bewillkommt hat.

Ein wissenschaftliches Filminstitut an der Brünner Universität. In den „Ed. Nov.“ teilt Prof. Arno Novak mit, daß aus dem Vermächtnis eines mährischen Industriellen ein wissenschaftliches Kinoinstitut bei der naturwissenschaftlichen Fakultät der Masarykuniversität in Brünn errichtet werden soll.

Der Verband der deutschen Selbstverwaltungskörper. Die Prager Kanzelei des Verbandes der deutschen Selbstverwaltungskörper befinden sich vom 1. Dezember 1921 an in Prag-Rpt. Weinberge, Jungmannsplatz 31, 1. Stod. Es sind dies folgende Kanzelei: die Kanzelei des Geschäftsträgers Ministerialrat i. N. Dr. Oskar Zaborak, Kanzelei des Sonderauschusses für Schul- und Unterrichtsangelegenheiten, Kanzelei der deutschen Bauvertragsstelle. Die Stunden für den Parteienverkehr wurden, wie folgt, festgelegt: Geschäftsträger: täglich außer Dienstag und Freitag. Kanzelei der deutschen Bauvertragsstelle: Montag, Mittwoch und Samstag von 10—12 Uhr vormittags. Kanzelei des Schulausschusses: täglich außer Sonntag von 9—12 Uhr vormittags.

Betriebsauschüsse. Das Gesetz über die Betriebsauschüsse, welche in jedem Unternehmen, das mindestens 20 Arbeitnehmer beschäftigt, zu errichten sind, tritt am 1. Jänner 1922 in Kraft. Doyen Dr. Arthur Lenhoff hat dieses für die weitesten Kreise wichtige Gesetz kommentiert und in streng wissenschaftlicher Weise die verschiedenen Fragen, welche die Errichtung und den Wirkungsbereich der Betriebsauschüsse betreffen, behandelt. Der Kommentar erhebt am 1. Jänner, den 10. d. M. im Verlage des „Prager Archiv für Gesetzgebung und Rechtsprechung“ und wird im Buchhandel und beim Verlage des „Prager Archiv“, Prag 11, Bonstla 12, zum Preise von 6 Kr erhältlich sein. Organisationen und Vereine erhalten bei Bestellungen von mehr als 10 Exemplaren 15% Rabatt.

Sämtliche Änderungen der Gesetze und Verordnungen. Unter diesem Titel erscheint in nächster Zeit im Verlage des „Prager Archiv für Gesetzgebung und Rechtsprechung“ eine Arbeit des Sekretärs beim Obersten Verwaltungsgericht Dr. Alexander Zeyer, welche eine Zusammenstellung sämtlicher österreichischer und auch tschechoslowakischer Gesetze und Verordnungen sowie einzelner Bestimmungen derselben enthält, welche durch die bisherige tschechoslowakische Gesetzgebung aufgehoben, abändert oder sonst irgendwie tanniert wurden. Das Werk bildet einen ungemein wertvollen Beibeh, auf Grund dessen man mit Leichtigkeit feststellen kann, ob irgend eine Bestimmung der bisherigen Gesetzgebung aufgehoben, abändert oder sonstwie durch die spätere Gesetzgebung tangiert ist. Der Wert dieser Arbeit ist umso höher einzuschätzen, als die bestehenden Gesetzbücher

Delegierten. In das Präsidium wurden die Genossen Stumvoll und Urbanek, sowie Paier und Schiller gewählt. Zum ersten Punkt der Tagesordnung erstattete Genosse Staneek als Sekretär den Bericht, aus welchem eine umfangreiche Tätigkeit ersichtlich war. Zum finanziellen Bericht sprach Genosse Paier namens der Kontrolle, daß die Kassageföhrung in vöhrster Ordnung befunden wurde und stellte den Antrag auf Entlastung für die musterhafte und rationelle Verwaltung der Mittel. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung sprach der Vertreter der Zentralgewerkschaftskommision Genosse Abgeordneter Birsch über die Zukunftsaufgaben der Gewerkschaften. Seine lehrreichen Ausführungen fanden den lebhaftesten Beifall aller Anwesenden. Nach abschließender kurzer Debatte erfolgte die Wahl der Kreisgewerkschaftskommission. Genosse Stumvoll besprach in seiner Schlussrede, die im Bericht vorgetragene Verfolgung der deutschen Arbeiter und Angestellten durch die Gemeingewaltigen in Znaim. Kein Privatbetrieb, hat je so wie die tschechische Gemeindevertretung unter Führung des Gewaltmenschlichen Dr. Moruzsch alte im Dienste der Stadtgemeinde mit zwanzig und mehr Dienstjahren stehende Arbeiter und Angestellte mit Familie hinausgeworfen. Gen. Staneek wandte sich auch gegen die Willkür der Behörden in der Auslegung des Gesetzes der Arbeitslosenunterstützung. Damit hatte die schön verlaufene Konferenz ihr Ende gefunden.

Zusammenbruch einer deutschen Bank. Berlin, 7. Dezember. (Eigenbericht des „Sozialdemokrat“.) Die ungeheueren Devisenspekulationen in den letzten Wochen haben wieder ein Opfer gefordert. Die Völkische Bank in Ludwigshafen, dieses weitverzweigte Unternehmen hat in den letzten Tagen Devisenverluste von etwa 340 Millionen Mark erlitten. Das gesamte Aktienkapital und alle ihre Reservefonds sind verloren gegangen.

Ueberflut und Hungernot. In seinem letzten Aufruf hat der Internationale Gewerkschaftsbund darauf hingewiesen, daß es ohne

weiteres möglich sein würde, der Hungernot in Rußland zu steuern, wenn die Regierungen und das mit ihm verbündete Kapital soviel internationale Gesinnung ausbrächten, die vorhandenen Vorräte den Hungernden zur Verfügung zu stellen. Die folgende Meldung aus Sydney ist auch ein Beitrag für die Wahrheit dieser Behauptung: „In den Mühlenbetrieben sind mehrere Hunderte Arbeiter arbeitslos. Der Hauptgrund hierfür ist darin zu suchen, daß die Mühlen nicht imstande sind, ihre Vorräte zu den angebotenen Preisen abzugeben. In den Mühlen des Landes liegen große Vorräte von Mehl und Abfallprodukten und bis diese nicht verkauft sind, müssen die Mühlen stillstehen.“

Die Lebenshaltung in den einzelnen Ländern. Der ausgezeichneten Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“, welche vom statistischen Reichsamt herausgegeben wird, entnehmen wir die Indexziffern von Warenpreisen im Großhandel, wobei 1913 mit 100 angenommen wird. Danach betragen die Indexziffern im September und Oktober 1921 in Deutschland 2460, Vereinigte Staaten 123, England 170, Frankreich 342, Italien 599, Niederlande 189, Schweiz 182, Dänemark 186, Schweden 175, Norwegen 287, Noron 207.

Vereinheitlichung der Betriebsrätebewegung in Deutschland. In der Bundesausschussung des Afabundes, die am 16. November in Berlin stattfand, teilte der Referent mit, daß die Betriebsrätebewegung im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und im Afabund in Zukunft organisatorisch völlig vereinheitlicht werden soll und zu diesem Zweck auch am 1. Jänner die bisher getrennt herausgegebenen Organe „Betriebsrätezeitung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes“ und „Der Betriebsrat“ des Afabundes vereinigt werden. Dieser bedeutsame Schritt führt weiter auf dem Wege, den die beiden Organisationen der Arbeiter und Angestellten durch ihren Kartellvertrag vom 12. April 1921 beschritten haben, in allen gewerkschaftlichen, sozial- und wirtschaftspolitischen Angelegenheiten zusammenzuwirken.

Mindestens so wichtig wie in den Orts-, Bezirks- und Bundesausschüssen der Gewerkschaften ist die gemeinsame Arbeit in den Betriebsräten, in denen sich Arbeiter und Angestellte für die Aufgaben der Produktionsdemokratie zu schulen haben.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Loszettel in allen Gassen!
Kauft staatliche Baupremienlose... Ein Vermögen von Millionen, Hunderttausenden und Tausenden ist zu gewinnen! 1433 Gewinne im Betrage von 8 Millionen Kronen! Schon gut... Was aber, wenn ich nicht gewinne? Dunderl, fünf hundert Kronen werden beim Teufel sein! Keineswegs, lieber Freund! Der kleinste Gewinn eines jeden Loses (und zwar eines solchen auf den keiner von 1433 Treffern entfällt) ist der Einkaufspreis samt 2% Zinsenprämie vom Zeitpunkt der Ausgabe des Loses bis zum Tage der Amortisationsziehung! Verlierst Du also oder gewinnst Du? 445

Der unverwüßliche



Kautschuk Schuhabsatz!

407

Kunst und Wissen.
Neues deutsches Theater. Heute Freitag „Fassten und Fasten“ von Mozart, hierauf „Schauspieler“, Samstag nachmittags zwei

Uhr „Die verjüngte Glocke“ (Karten gratis), abends „Weiter aus Dingsda“, zehn Uhr nachts „Simulation“, „Goethe“ und „Schöner Filialist“ (Hilmburleske). Sonntag fünf Uhr Vöhrspiel „Fischer-Kubla“, „Meisterfinger von Nürnberg“.

Symphoniekonzert Tor Mann (Stockholm). 12. Dezember, Großer Lucernosaal. Ueber den mitwirkenden schwedischen Pianisten Olof Wibergh, der das gemischte-Konzert von Saint-Saens zum Vortrag bringen wird, schreibt „Kronbladet“: „Seine Technik ist bravurös, sein Anschlag männlich und klangvoll, sein Vortrag verleiht einen feinen musikalischen Geschmack. Das Publikum bereitet ihm stürmische Ovationen.“ Das genaue Programm ist platziert. Karten bei Wegler und Truhlar.

Gammlungsausweise.
Monat November 1921.

Parteilos.
4. Tepsitz K 1800.—; 8. Gaer K 3000.—; 10. Podensack K 3000.—; 18. Traubau K 500.—; 23. Karlsbad K 2000.—; 24. Breßburg K 130.—; 25. Tepsitz K 2000.—.

Zentralwahllos.
4. Tepsitz K 300.—; 8. Gaer K 1500.—; 10. Podensack K 1500.—; 23. Karlsbad K 1000.—; 24. Breßburg K 65.—; 25. Tepsitz K 1000.—.

Dritter Spendenaufruf für die Graslitzer Opfer.
Gemeindeamt Wüßberg Kc 40.—, F. J. Feltingbauer, Weipert Kc 50.—, Veronal der Arbeiterbaderi, Strohsau Kc 123.—, Lokalorganisation Reuhammer Kc 120.—, Lokalorganisation Donawitz Kc 30.—, Arbeitergesangsverein Donawitz Kc 30.—, Anton Benzl, Theufau Kc 145.—, Lokalorganisation Sattenz Kc 100.—, Stadtgemeinde Weipert Kc 500.—, Vereinigte politische Parteien Reußenau-Rittin Kc 100.—, Lokalorganisation Bernau Kc 100.—, Lokalorganisation Lang Kc 476.—, Stadtgemeinde Elbogen Kc 500.—, zusammen Kc 2511.—. Bereits ausgewiesen Kc 14.101.—, im ganzen Kc 16.718.—.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß.
Druck: Aktiengesellschaft Tribuna, Prag.

BIO

LIDO 411
führt d. hoch künstlerisch. italienischen Film
„Rot und Schwarz“
vor, welcher in der Weltkonkurrenz grosses Aufsehen hervorgerufen hat.

SVĚTOZOR 412
NEUE EPOCHE des
GRAFEN MONTE CHRISTO
Tod d. Haydée.
Dieser Teil schildert die weiteren Schicksale Monte Christos bis zur Hinrichtung Benedetts

Reserviert für:
MERL & WEISS
FACHMANN. BURO-EINRICHTUNGEN
PRAG, NARODNI 23a.

241

Brüder Tauber
Weingrosshändler
Weingutsbesitzer
Prag-Wysočan.

Lesen Sie bitte unseren neuen, illustrierten reichhaltigen Katalog Nr. 538 über kosmetische und hygienische Spezialartikel für Damen und Herren. Diskreter Versand in verschlossenen Kuvert ohne Firmenaufruck gegen 2Kc in Bar od. Marken.
„Novitas“ Versandgeschäft, Aussig a. E.

Etamine
und
Stickereien
en gros und en detail
EDMUND PICK,
PRAG I.,
Altstädter Ring 24.

371

Wir erzeugen wieder feinste
Theemargarine „SANA“
und vorzügliche
Tafelmargarine „AXA“
den besten, altbewährten Butterersatz der Neuzeit in Friedensqualität.
Sana Ges. m. b. H., Prag-Bloubětín
Půjčovní 2. 269

Drucksorten
aller Art, modernst ausgeführt liefert raschest die
Druckerei der **TRIBUNA A.-G.**
Prag II., Karlovo nám. 15.
Telephon 3094. Voranschläge gratis. Telephon 3090.

147

Beachtet unsere Inserate!!
Genossen! Leset und verbreitet euer Zentralorgan.

363

390
ein eleganter moderner Chevotanzug mit Wollserge.

390
ein eleganter Ueberzieher mit Wollserge.

390
ein moderner Uebergangskimono-Raglan.

390
ein Double-Winter-Raglan.

390
ein englischer Gummimantel.

390
ein kurzer Winterrock mit Pelzkragen.

Alle Preise. Die 2% Umsatzsteuer trägt die Firma selbst.

KONFEKTIONSHAUS
Sigmund Stránský,
PRAG, HYBERNSKÁ. II